
Karl Heinz Roth

Die globale Krise: Bisheriger Verlauf – Entwicklungstendenzen – Wahrnehmungen und Handlungsmöglichkeiten von unten*

Einleitung

Vor gut zwei Jahren – im August 2007 – erreichte die aktuelle Weltwirtschaftskrise mit dem Kollaps der internationalen Geldmärkte ihren ersten Höhepunkt. Aber erst als in der ersten Hälfte des September 2008 in den USA die beiden größten Hypothekenförderbanken, der weltgrößte Versicherungskonzern und zwei hochrangige Investmentbanken zusammenbrachen, wurde vielen Menschen bewusst, dass die Entwicklung unmittelbare Folgen für ihre berufliche und soziale Situation haben konnte. In diesen Wochen geriet das gesamte kapitalistische Weltsystem ins Wanken. Heute beherrscht und verängstigt diese Krise die Weltgesellschaft. Es wird wieder sichtbar, dass die Zyklen und Krisen der Kapitalakkumulation das gesellschaftliche Leben bestimmen. Auch wird immer heftiger um die Frage gerungen, wer für die sozialen Kosten und die immensen Ausgaben für die Rettungspakete und Stimulierungsprogramme der öffentlichen Haushalte aufkommen soll, die in der ersten Phase der Krise gestartet wurden.

In dieser Situation legte ich im Spätsommer des vergangenen Jahrs meine laufenden Projekte beiseite. Ich begann mit einer Dokumentation

* Erstmals erschienen in: *Sozial.Geschichte Online*, 2 (2010), S. 124–163. Schriftliche Version eines Vortrags, der in der Zeit zwischen Mitte September und Ende November 2009 in mehreren Städten des deutschen Sprachraums gehalten wurde. Dabei variierten je nach der sozialen Zusammensetzung des Auditoriums die Schwerpunktsetzungen. Die schriftliche Version stellt in gewisser Weise einen Querschnitt dieser Varianten dar. Von einigen Ausnahmen abgesehen wurde auf Fußnotenbelege verzichtet. Herzlichen Dank an Karl Heinz Roth für die Abdruckgenehmigung.

des aktuellen Krisenverlaufs, untersuchte seine tieferen Ursachen und verglich ihn mit den bisherigen Weltwirtschaftskrisen des industrialisierten Kapitalismus. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werde ich im ersten Schwerpunkt meines Beitrags präsentieren, um ihren analytischen Rahmen zu umreißen.¹ Ich werde aber dabei nicht stehen bleiben. Im zweiten Abschnitt werde ich die Entwicklung der letzten Monate bilanzieren und der Frage nachgehen, die uns allen auf den Nägeln brennt: Wie wird es mit dieser Krise weitergehen – ist eine Erholung oder gar ein rascher Wiederaufschwung in Sicht, oder müssen wir uns auf eine längere Depression einstellen? Danach werde ich drittens einige Schlaglichter auf die Krisenerfahrungen aus der Perspektive von unten werfen. Im vierten und letzten Abschnitt werde ich schließlich einige Hypothesen über alternative Handlungsmöglichkeiten zur Diskussion stellen.

Die erste Phase der aktuellen Weltwirtschaftskrise

Die erste Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts begann um die Jahreswende 2006/2007 als Struktur- und Überkapazitätskrise der Kraftfahrzeugindustrie und als Hypotheken- und Immobilienkrise in der Transatlantikregion mit Schwerpunkten in den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Dabei kamen vier Faktoren zum Tragen, die sich gegenseitig verstärkten. Im Gefolge der Hypothekenkrise brach erstens in den USA der Massenkonsum zusammen. Er löste in den Vereinigten Staaten eine lang anhaltende Rezession aus und führte zu einer Schrumpfung der globalen Exportmärkte. Zweitens weitete sich die Hypotheken- und Immobilienkrise auf die internationalen Finanz- und Kreditmärkte aus. Es kam drittens zu einem massiven und lang anhaltenden Abzug der Kapitalvermögen und Investmentfonds aus den Schwellen- und Entwicklungsländern. Viertens wurden ausgehend von der Kraftfahrzeugindustrie und dem Transportsektor in allen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft Überkapazitäten offen gelegt, die zum akuten Verfall der Ge-

¹ Zu den Details vgl. Karl Heinz Roth, *Die globale Krise*, Hamburg 2009. Der Band ist der erste eines länger angelegten Projekts über die globale Krise.

winne führten und von den Unternehmensleitungen mit Investitionseinschränkungen und Massenentlassungen beantwortet wurden. Diese vier ineinander greifenden Phänomene führten seit dem Frühjahr 2008 zu einem globalen Schmelbrand, der durch fünf Schockwellen akzentuiert wurde und bis heute anhält. Die Talsohle der Krise wurde im April–Mai 2009 erreicht. Bis jetzt wurden Kapitalvermögen und Einkommen im Volumen von mindestens 30 Billionen US-Dollar vernichtet. In einer ersten Zwischenbilanz können wir festhalten, dass es sich um eine typische Krisenkonstellation des industrialisierten Kapitalismus handelte: Der akut zutage getretenen Überakkumulation des Kapitals steht eine massive Unterkonsumtion gegenüber, die in dem Augenblick manifest wurde, als es den privaten Haushalten der globalen Unterklassen nicht mehr gelang, ihre seit Jahren gesunkenen Realeinkommen durch Kreditaufnahme und Verschuldung auszugleichen.

Hinter dieser Entwicklung standen indessen tiefere strukturelle Ursachen, die aus dem voraufgegangenen großen Zyklus der Jahre 1966/67 bis 2006/2007 herrührten. Erstens waren die neuen Massenbedürfnisse und Lebensstile der nachwachsenden Generationen den prekären Arbeitsverhältnissen des Post-Fordismus unterworfen worden. Dies wurde zweitens durch die Tatsache erleichtert, dass im Bereich der Informatik neue Basisinnovationen entwickelt worden waren, die von den Unternehmensleitungen weltweit zur Durchsetzung einer Strategie der Unterbeschäftigung genutzt werden konnten. Drittens hatten sich neue Netzwerkunternehmen herausgebildet, die dazu übergingen, die Wertschöpfungsketten weltweit zu reorganisieren und nach den Standorten mit den niedrigsten Arbeitskosten auszurichten. Parallel dazu hatten viertens die Kapitalvermögensbesitzer die Globalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben und das bisherige Regime der moderat und mittelfristig ausgelegten Gewinnschöpfung durch ein Konzept der beschleunigten Profitmaximierung ersetzt. Fünftens hatte sich der informelle Kolonialismus zu einem offenen Kolonialismus der Protektorate und der Bildung von Reservaten zur Kontrolle der Massenarmut des Südens gewandelt. Von erheblicher Bedeutung war sechstens das

Aufkommen einer neuen Weltwirtschaftsachse zwischen Peking und Washington, bei der sich die klassischen Schuldner-Gläubiger-Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie umkehrten: China exportierte die Billigprodukte seiner neuen Niedriglohnsektoren in die Vereinigten Staaten und refinanzierte ihren dortigen Massenkonsum, indem es in steigendem Umfang US-Dollar und US-Staatsanleihen in die Portefeuilles seiner Zentralbank aufnahm. Von besonderer Bedeutung war schließlich die Herausbildung einer spezifischen Beziehung zwischen Umweltzerstörung und Öko-Kapitalismus. In den vergangenen Jahrzehnten waren die natürlichen Ressourcen – Boden, Wasser und Luft – in einem noch nie da gewesenen Ausmaß inwertgesetzt worden. Dabei gingen die Unternehmen und Regierungen dazu über, die zerstörerischen Folgen in Gestalt so genannter Verschmutzungsrechte in ihre Bilanzen einzuschreiben. Die öko-kapitalistische Durchdringung dieses neuen Sektors hatte Vorrang vor den Umweltbelangen, und dies führte zu einer Vertiefung der Umweltkatastrophe.

An dieser Stelle möchte ich einige Bemerkungen über den methodischen Ansatz meiner Analyse einflechten, denn er hat als Kompass bei der Auseinandersetzung mit den tieferen Krisenursachen eine besondere Rolle gespielt. Ich gehe von einer empirischen Weiterentwicklung des Marxschen Zykluskonzepts aus, die seit den 1920er Jahren von einigen Sozialökonomern und Wirtschaftshistorikern vorangetrieben wurde. Wegweisend war für mich dabei das Konzept des etwa fünfzig- bis sechzigjährigen „großen Zyklus“ des sowjetischen Ökonomen Nikolai Kondratiev. Es wurde durch das von Joseph A. Schumpeter entwickelte Modell der „endogenen Basisinnovation“ wesentlich vertieft, durch die preisgeschichtlichen Untersuchungen des französischen Sozialökonom François Simiand ergänzt² und durch die Erkenntnisse Emil Lederers über den Zusammenhang zwischen technischen Innovationen

² Simiand zerlegte den großen Zyklus in eine Phase des Aufschwungs (Phase A) und eine Phase des Abschwungs (Phase B). Dabei wies er empirisch nach, dass die Phase A immer mit Preissteigerungen (Inflation) und die Phase B mit Preissenkungen (Deflation) korreliert ist. Dem Nachweis, dass Preisdeflationen gewöhnlich länger anhaltende Depressionsphasen auslösen, kam dabei besondere Bedeutung zu.

und Massenarbeitslosigkeit vervollständigt. Aber auch den Wirtschaftshistorikern verdanke ich viel. Fernand Braudel wies nach, dass die großen Zyklen immer durch einen doppelten Generationswechsel geprägt sind, und dies macht es uns möglich, die Subjekte als Akteure in das Auf und Ab der „langen Wellen“ einzubringen. Hinzu kamen historische Untersuchungen über die bisherigen Weltwirtschaftskrisen des industrialisierten Kapitalismus, die in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Niveau erreicht haben und die Voraussetzungen für systematisierende Vergleiche schufen. *Last but not least* möchte ich auf eine dritte Untersuchungsebene hinweisen, die meine Krisenanalyse begleitete: Die Konfrontation der historischen und aktuellen Arbeitsverhältnisse mit der Marxschen Werttheorie.³ Dabei stellte sich heraus, dass die Fokussierung des Arbeitsbegriffs auf die so genannte doppelt freie Lohnarbeit keineswegs ausreicht, um der ungeheuren Vielfalt der globalen Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden. Diese Erkenntnis war für die Auseinandersetzung mit der Krisenwahrnehmung aus der Perspektive von unten sowie für die Erarbeitung von Hypothesen zur alternativen Krisenüberwindung besonders wichtig.

Doch damit zurück zu den Tatbeständen der aktuellen Krise. Für die politischen Klassen der Nationalökonomien und der internationalen Institutionen war der globale Kriseneinbruch eine gigantische wie unerwartete Herausforderung. Sie reagierten entsprechend massiv. Seit dem Sommer 2007 schnürten sie in der Transatlantikregion eine Reihe von Rettungspaketen zur Stützung einzelner Finanzkonzerne, die als „systemwichtig“ galten. Darauf folgten ab September 2008 gewaltige national- und supranationalstaatliche Stabilisierungsprogramme, wobei ein US-amerikanisches *Troubled Assets Relief Program* (TARP) im Umfang von 700 Milliarden US-Dollar als Vorbild fungierte. Es wurde schon bis Ende Oktober auf 2,4 Billionen Dollar aufgestockt und erreichte bis Ende März 2009 den gewaltigen Umfang von fünf Billionen Dollar, so

³ Der achtzehn Beiträge der „Marx-Heterodoxie“ umfassende Sammelband ist inzwischen erschienen: Marcel van der Linden / Karl Heinz Roth (Hg.), unter Mitarbeit von Max Henninger, *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*, Berlin / Hamburg 2009.

dass am Ende alle „Einbruchstellen“ des Finanzsektors abgedichtet waren, um das strukturelle Nervenzentrum des kapitalistischen Weltsystems zu retten: gigantische Kreditgarantiefonds, Zuschüsse zur Wiederauffüllung des Eigenkapitals mit Staatsbeteiligungen als Gegenleistung, die Auslagerung und Stilllegung notleidend gewordener Wertschriften und die öffentliche Refinanzierung von Hypotheken- und Konsumentenkrediten. Im letzten Quartal des Jahres 2008 zogen die meisten Nationalökonomien der Triade-Region nach, und bis Ende März 2009 erreichten die öffentlichen Mittelzuschüsse zur Rettung des Finanzsektors ein Volumen von neun Billionen US-Dollar.

Von genauso großer Bedeutung waren die Aktivitäten der großen Zentralbanken. Seit dem Sommer 2007 mobilisierten ihre Vorstände mehrere hundert Milliarden US-Dollar zur Stabilisierung der internationalen Geld- und Interbankenmärkte. Darauf folgten koordinierte Aktionen zur Senkung der Zinssätze, die schließlich gegen Null tendierten. Anschließend gingen viele Notenbanken zu so genannten quantitativen Lockerungen über, das heißt sie kauften Wertpapiere und Staatsanleihen auf, um die Geld- und Kapitalmärkte mit zusätzlicher Liquidität zu überschwemmen und die Kreditsperre der Banken auszugleichen.

Auch der Internationale Währungsfonds (IMF) wurde in das Krisenmanagement eingeschaltet und enorm aufgewertet. Er wurde ermächtigt, eine Reihe von Staatsbankrotten – etwa in Island, der Ukraine, in Ungarn, den Baltischen Staaten und Pakistan – durch die Vergabe von Überbrückungskrediten zu moderieren und die damit verbundenen Sanierungsaufgaben ein Stück weit zu lockern.

Seit dem November 2008 liefen in den großen Nationalökonomien der Triade (USA, Japan und Europa) sowie der führenden Schwellenländer China und Russland fiskalpolitische Konjunkturprogramme an, wobei vor allem die Stimulierungspakete Chinas (umgerechnet 600 Milliarden US-Dollar) und der neuen Obama-Administration vom Februar 2009 (789 Milliarden Dollar) besondere Bedeutung erlangten. Sie sum-

mierten sich bis Ende März 2009 auf ein Gesamtvolumen von 2,9 Billionen Dollar und hatten die Aufgabe, die private Kapitalbildung durch Investitionen in die Infrastruktur (Straßen- und Eisenbahnbau, Bausektor, Umwelttechnologie usw.) anzukurbeln.

Um die Jahreswende 2008/2009 zogen auch die übrigen großen Schwellenländer nach, so mobilisierten Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Hongkong und Kasachstan über zehn Prozent ihres Brutto-Inlandsprodukts (BIP), um ihre Währungen und Zahlungsbilanzen zu stabilisieren sowie die Binnenwirtschaft zu aktivieren.

Besonderes Aufsehen erregten schließlich die Aktivitäten mehrerer Regierungen zur Stützung des zusammengebrochenen Automobilsektors, wobei Frankreich und Spanien als Vorreiter agierten. Es wurden umfangreiche Subventionen und Überbrückungskredite gewährt, Abwrackprämien vergeben und Zuschüsse zur Stabilisierung der Eigenkapitalbasis mobilisiert. In einigen Fällen konnte dadurch die Einleitung von Insolvenzverfahren jedoch nicht verhindert werden. Besonders spektakulär verlief die Sanierung der US-Unternehmen General Motors und Chrysler unter dem Gläubigerschutz von Insolvenzverfahren. Sie ermöglichten harte Restrukturierungsmaßnahmen, die durch Staatsbeteiligungen am Aktienkapital und die Umwandlung des Lohnverzichts der – drastisch abgeschmolzenen – Belegschaften in gewerkschaftliche Aktienfonds abgesichert wurden. In diesem Zusammenhang kam es auch zur versuchten Germanisierung von General Motors Europe unter einem korporatistischen Bündnis des Opel-Managements, des deutschen Gesamtbetriebsrats, der IG Metall, der deutschen Regierungsstäbe (Bundesregierung und involvierte Landesregierungen) und einer österreichisch-russischen Investorengruppe. Es war jedoch von vornherein absehbar, dass dieses protektionistische Abkopplungsvorhaben scheitern würde.

Aber das war eher eine Episode am Rand des Geschehens. Aus der Gesamtperspektive bleibt festzuhalten, dass die Akteure der Regulationssysteme in der ersten Phase der aktuellen Weltwirtschaftskrise ein

gewaltiges Anti-Krisenprogramm auflegten, das auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzte und alle historischen Vorläufer deutlich in den Schatten stellte.

Ein weiteres markantes Phänomen der ersten Krisenphase bestand darin, dass die Rettungs- und Stimulierungsprogramme zeitweilig mit weit reichenden Absichtserklärungen zu sozialpolitischen Reformen verbunden waren. So verabschiedete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2008 ein umfassendes Projekt zur Agrarreform, das an den Reformen zu Beginn des chinesischen Transformationsprozesses in den Jahren 1978/79 ansetzte und darauf abzielte, die im „dualen Agrarsystem“ fixierten Eigentumsrechte der Parzellenbauernfamilien zu stärken.⁴ Dadurch sollten diese in die Lage versetzt werden, Kredite aufzunehmen oder ihr Land weiter zu verpachten, um den extrem zersplitterten Landbesitz einer effizienteren Nutzung zugänglich zu machen. Zunächst blieb offen, ob die über 200 Millionen chinesischen Bauernfamilien – insgesamt etwa 700 Millionen Menschen – einen genossenschaftlichen Weg der landwirtschaftlichen Restrukturierung einschlagen oder aber durch eine agrarkapitalistische Entwicklung polarisiert und beschleunigt vom Land vertrieben würden.

Nicht weniger ambitioniert war der Versuch der am 20. Januar 2009 angetretenen Obama-Administration, in den Vereinigten Staaten eine umfassende Gesundheitsreform einzuführen. Als Kernstück war dabei die Implementierung einer öffentlichen Krankenversicherung für alle US-Bürgerinnen und -Bürger vorgesehen, deren operatives Kapital im Umfang von knapp 900 Milliarden Dollar innerhalb von zehn Jahren durch eine Zusatzbesteuerung der Spitzeneinkommen sowie Rationalisierungs- und Kostensenkungsprogramme in der Versicherungs- und Pharmabranche aufgebracht werden sollte. An diesem Vorhaben waren seit Beginn des 20. Jahrhunderts schon mehrere von der Demokratischen Partei geführte Regierungen gescheitert.

⁴ Seit der ersten Reformphase von 1978/79 fungieren die Dorfverwaltungen zusammen mit der Zentralregierung als Kollektiveigentümer von Grund und Boden, den sie in periodischen Abständen – zumeist von 30 Jahren – an die Bauernfamilien verteilen.

Hinzu kamen weit reichende Reformversprechen auf internationaler Ebene. Im April 2009 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs der G-20-Gruppe auf umfassende Maßnahmen zur Regulierung des globalen Finanzsektors. In diesem Kontext stärkten sie die Position des IMF, der als koordinierende Exekutivinstanz aktiv werden sollte. Sein Eigenkapital wurde um 500 Milliarden US-Dollar auf 750 Milliarden Dollar aufgestockt. Zusätzlich erhielt er 250 Milliarden Dollar zur Weiterleitung an die Entwicklungsbanken zugesprochen, und man vereinbarte, die Sonderziehungsrechte des IMF – eine Art internationales Buchgeld neben der Dollar-Leitwährung – auf 250 Milliarden Dollar anzuheben. Die G-20-Gruppe stand zu dieser Zeit ersichtlich unter dem Konkurrenzdruck seitens einer Expertenkommission der Vereinten Nationen, die unter Leitung des Ökonomen Joseph E. Stiglitz mit sehr viel weiter reichenden Reformvorschlägen, so etwa der Ablösung des US-Dollar durch ein neues Weltgeld, der Etablierung einer globalen Behörde zur Kontrolle der Finanzmärkte und der Einführung eines globalen Kreditfonds, aufwartete.

Die Analyse der ersten Phase der aktuellen Weltwirtschaftskrise und der bislang implementierten Anti-Krisenprogramme wird indessen erst dann wirklich tragfähig, wenn wir sie mit den bisherigen globalen Krisen des industrialisierten Kapitalismus – den Krisen der Jahre 1857 bis 1859, 1873 bis 1876 und der anschließenden langen Depression bis 1895 sowie der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 und der anschließenden Großen Depression bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs – vergleichen. Dabei treten hinsichtlich der auslösenden geographischen und strukturellen Faktoren erstaunliche Analogien zutage: Alle bisherigen vier Weltwirtschaftskrisen begannen in den Vereinigten Staaten von Amerika, und sie wurden immer durch Hypotheken- und/oder Aktienspekulationen ausgelöst. Aber auch bei den Bekämpfungsmaßnahmen können wir frappierende Übereinstimmungen feststellen. Beispielsweise wurden schon 1857/58 Kreditgarantiefonds gegründet, faule Wechselpapiere ausgelagert und strategisch wichtige „Eckhäuser“ vor dem Kollaps gerettet. Allein dieser kleine Seitenblick zeigt, wie unsinnig es ist,

die heutigen Rettungs- und Stimulierungspakete pauschal als „keynesianisch“ zu bezeichnen. Es ging den herrschenden Klassen damals wie heute einfach darum, die „Finanzarchitektur“ zu erhalten, die Wirtschaftskreisläufe von den vernichteten Kapitalien freizuschaukeln und den Schlüsselbereich des kapitalistischen Akkumulationsprozesses vor einer „Kernschmelze“ zu bewahren. Für die dabei anfallenden „toten Kosten“ musste damals wie heute die „Allgemeinheit“ aufkommen, und das waren in erster Linie die Unterklassen.

Von großer Bedeutung waren auch die mittelfristigen Folgen der bisherigen globalen Krisen des industrialisierten Kapitalismus. Mit Ausnahme der Krise von 1857 bis 1859 führten sie alle zu einer protektionistischen „De-Globalisierung“ des Weltsystems, die wiederum unterschiedlich weit reichende währungs-, handels- und wirtschaftspolitische Blockbildungen mit allen ihren politisch-militärischen Weiterungen auslösten.

Im Brennpunkt unseres Interesse steht indessen verständlicherweise der engere Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts. In diesem Kontext ist es aufschlussreich zu wissen, dass nicht wenige Akteure der heutigen Krisenbekämpfungsstäbe ihre wissenschaftlichen Karrieren mit der Aufarbeitung der Großen Depression der 1930er Jahre absolviert haben, so etwa der US-Notenbankchef Ben Bernanke und die in Berkeley lehrende Wirtschaftshistorikerin Christina Romer, die inzwischen in Obamas Wirtschaftsberaterstab aktiv ist. Ihren Papieren können wir aufschlussreiche Informationen entnehmen, die die Massivität der aktuellen Krisenintervention erklären. In ihnen wird die aktuelle Überschwemmung der Geld- und Kapitalmärkte mit Liquidität als Lehre aus dem Versagen der großen Zentralnotenbanken zu Beginn der 1930er Jahre gerechtfertigt. Die riesigen fiskalpolitischen Stimulierungsprogramme gelten als nachträgliche Antwort auf die angeblich zu halbherzigen Konjunkturvorhaben der Roosevelt-Ära, und mit besonderer Verve wird allen jenen Wirtschaftspolitikern ins Gewissen geredet, die sich auf Kosten der anderen Nationalökonomien durch protektionistische Abschottungsmaßnahmen sanieren möchten. Die Einsicht in

diese Argumentationsmuster erleichtert es uns, die gewaltigen Anstrengungen zu verstehen, die die herrschenden Eliten in den vergangenen zweieinhalb Jahren an den Tag gelegt haben, um die globale Krise unter Kontrolle zu bringen. Ihre Panik war groß, und an die Folgephänomene, die die Anti-Krisenprogramme auslösen würden, dachte zunächst niemand.

Die aktuelle Situation und die voraussichtliche weitere Entwicklung

Seit dem Abschluss meines Buchmanuskripts⁵ sind inzwischen fünf Monate vergangen. In dieser Zeitspanne ist außerordentlich viel geschehen, insbesondere hat die Krise ihre Talsohle durchschritten. Die Rettungs- und Stützungsprogramme der Regulationssysteme haben zu greifen begonnen, und schon werden die Karten in Erwartung einer raschen Erholung und eines baldigen Wiederaufschwungs neu gemischt. Wie wird es voraussichtlich weitergehen? Haben wir tatsächlich mit einer neuen Wachstumsperiode zu rechnen, oder wird das Weltsystem in eine lang anhaltende Depression übergehen? Diese Frage ist für die Entwicklung von Gegenwehr und Gegenperspektiven von strategischer Bedeutung. Deshalb erscheint es geboten, die aktuellen ökonomischen Entwicklungstendenzen sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Zweifellos gibt es inzwischen markante Erholungszeichen. Viele Nationalökonomien der Triaderegion haben die Rezession überwunden und stabilisieren sich auf niedrigem Niveau; dazu gehören vor allem Frankreich, Deutschland, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Parallel dazu scheinen einige große Schwellenländer – vor allem China und Brasilien – wieder zu den hohen Wachstumsraten der Vorkrisenjahre zurückzukehren, und vor allem in China könnten sich die öffentlichen Konjunkturprogramme zur Stimulierung des Straßen- und Autobahnbaus mit dem Aufschwung der Kraftfahrzeugindustrie zu einer ausgesprochenen Motorisierungskonjunktur zusammenfügen.

⁵ Wie Anm. 1.

Entsprechend wittern die Kapitalvermögensbesitzer Morgenluft. Aus den finanzpolitischen Rettungspaketen sind hunderte Milliarden US-Dollar auf die Geld- und Kapitalmärkte geflossen. Die weltweiten Aktienkurse haben sich deutlich erhöht und inzwischen wieder die Hälfte des Vorkrisenstands erreicht. Ähnliche Tendenzen sind auch auf den Rohwaren- und Devisenmärkten zu beobachten. Vor allem die Preise der Industriemetalle haben wieder angezogen, und auf den Devisenmärkten sind die Renditejäger wieder unterwegs. Während sie in der Vorkrisenperiode vor allem Kredite in Schweizerfranken und Yen aufnahmen und dann in den Hochzinsregionen der *emerging markets* anlegten, basieren ihre als *carry trade* bezeichneten Währungsspekulationen jetzt auf dem zinslos gewordenen US-Dollar. Sobald sich die ersten realwirtschaftlichen Erholungszeichen konsolidieren, werden sie wieder durch riskante Operationen auf den Geld- und Kapitalmärkten überlagert.

Diesen Erholungszeichen stehen jedoch gewichtige aktuelle und strukturelle Gegentendenzen gegenüber. Aktuell befindet sich die Weltwirtschaft in einer anhaltenden Preisdeflation. Der Preisverfall hat sein Epizentrum in Japan und wird vor allem durch die sinkenden Masseneinkommen und die Stagnation des Welthandels aufrecht erhalten. Des Weiteren befinden sich strategische Wirtschaftssektoren in einer anhaltend tiefen Krise. Hier ist vor allem auf den Transport- und Transportmittelsektor hinzuweisen. Der weltweite Containerumschlag hat sich halbiert. Alle großen Reedereien schreiben rote Zahlen. Weltweit entwickelt sich eine tiefe Hafen- und Schiffbaukrise. Auch die Fluggesellschaften und die Flugzeugindustrie bekommen die Krisenfolgen zu spüren, und die Kraftfahrzeugindustrie der entwickelten Zentren hat nach dem Auslaufen der Abwrackprämien wieder mit Umsatzeinbußen zu kämpfen. Aber auch der Massenkonsum der Vereinigten Staaten ist als mittelfristiger Wachstumsmotor ausgefallen. Selbst wenn sich die wirtschaftliche Erholung weiter konsolidieren sollte, wird die weltweite Massenerwerbslosigkeit zunächst weiter zunehmen, den Niedergang der Masseneinkommen aufrecht erhalten und den Abbau der Überkapazi-

täten in wichtigen Industriesektoren verzögern. Selbst im Finanzsektor ist die Krise noch keineswegs ausgestanden. Die gewerblichen Immobilien- und Hypothekenmärkte sind noch keineswegs stabilisiert, wie sich jüngst am Beispiel der Zahlungsunfähigkeit der Emirat-Holding *Dubai World* zeigte. In den Vereinigten Staaten geht die Zahl der Konkurse lokaler und regionaler Finanzinstitute in die Hunderte. Erhebliche Teile der ausgelagerten faulen Wertschriften sind noch keineswegs abgeschrieben, und auf die transnational operierenden Großbanken kommen im Gefolge der anhaltenden Welthandelskrise erhebliche neue Kreditausfälle zu. Alle diese Phänomene werden durch eine gewaltige Verschuldung der öffentlichen Haushalte überlagert, die vor allem die Nationalökonomien der entwickelten Zentren – Japan, Europa und die Vereinigten Staaten – erfasst hat. Das Volumen der jährlichen Neuverschuldung schwankt dabei zwischen sechs und vierzehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und Japan, Großbritannien und die USA führen diese Entwicklung an. Noch bedenklicher nehmen sich inzwischen die kumulierten Gesamtschulden der öffentlichen Haushalte aus, sie erreichen inzwischen in der Euro-Zone 60 bis 70 Prozent und in Japan, Großbritannien und den Vereinigten Staaten ein Mehrfaches des jeweiligen realen Bruttoinlandsprodukts. Das Gesamtvolumen der weltweiten Staatsverschuldung beläuft sich inzwischen auf zwölf bis dreizehn Billionen US-Dollar. Davon entfallen allein auf die Vereinigten Staaten nach offiziellen Angaben 4,3 Billionen Dollar. Das Ausmaß dieses Betrags wird uns erst deutlich, wenn wir ihn historisch vergleichen. Zur Finanzierung des *New Deal* und der Rüstungs- und Militärausgaben des Zweiten Weltkriegs mobilisierten die USA in den 1930er und 1940er Jahren – im Umrechnungskurs des Jahrs 2009 – 500 Milliarden bzw. 3,5 Billionen Dollar. Allein in der ersten Phase der aktuellen Krise haben die Vereinigten Staaten somit hinsichtlich des *deficit spending* alle historischen Vergleichsmaßstäbe gesprengt. Können derart gewaltige Staatsschulden überhaupt noch auf dem üblichen Weg – durch Steuererhöhungen und Reduktion der Sozialausgaben – getilgt werden? Viele Vordenker der internationalen *think tanks* bezweifeln dies inzwischen.

Sie sprechen sich immer offener für eine Strategie der kontrollierten Hochinflation aus, um die Masseneinkommen auf dem kalten Weg der beschleunigten Geldentwertung weiter zu reduzieren und die Staatsschulden geräuschlos abzubauen.

Zusätzlich müssen wir aber auch die strukturellen Gegentendenzen beachten, und auch sie fallen erheblich ins Gewicht. Die bizarre und inzwischen als *Chimerica* bezeichnete Symbiose zwischen China und den Vereinigten Staaten kann mittelfristig nicht durch ein anderes Wachstumsmodell ersetzt werden. Im Gegensatz zu den Verheißungen der Propagandisten eines *Grünen New Deal* sind nirgends Basisinnovationen in Sicht, die ausgehend von der Entwicklung ökologischer Technologien und erneuerbarer Energien einen neuen globalen Wachstumsschub auslösen könnten. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Erholungs- und Depressionsregionen werden sich weiter verstärken. Und schließlich ist völlig ungewiss, welches Weltwährungssystem auf die sich ihrem Ende zuneigende Ära der globalen Leitwährung US-Dollar folgen wird.

Beim sorgfältigen Abwägen der hier in groben Umrissen skizzierten Erholungs- und Krisentendenzen drängt sich der Schluss auf, dass wir am ehesten mit einer langen Depression zu rechnen haben. Wir werden uns auf eine mehrjährige deflationäre Periode des großen Zyklus einzurichten haben, die durch niedrige Preise, sinkende Einkommen, stagnierende Gewinne und Investitionen, forcierte Unternehmenszusammenschlüsse, sprunghafte Produktivitätssteigerungen, anhaltende Massenerwerbslosigkeit und geringes globales Wirtschaftswachstum geprägt sein wird.

Ein weiteres Charakteristikum der im April–Mai 2009 begonnenen zweiten Krisenphase ist das Abbröckeln der strukturellen Reformversprechen, mit denen die gewaltigen Rettungs- und Stimulierungspakete einige Monate lang verbunden waren. Die Anläufe der G-20-Gruppe zur Bändigung der Kapitalvermögensbesitzer und zur Redimensionierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems sind auf einige kosmetische Operationen zur Stilllegung der so genannten Steueroasen

reduziert worden. Die weitergehende Reformperspektive der UN-Kommission um Joseph Stiglitz ist marginalisiert. Aber auch die Regierungen der großen Nationalökonomien machen keine Anstalten zu ernsthaften Eingriffen: Eine markante Erhöhung des haftenden Eigenkapitals würde die Bankenprofite schmälern, und auch die zeitweilig diskutierte Aufspaltung der transnationalen Finanzkonzerne wurde verjagt – sie durchlaufen im Gegenteil einen rasanten Konzentrationsprozess. Diese Entwicklung begünstigt die Rückkehr zur extremen Risikobereitschaft, denn die Regierungen können die neuen Mammutinstitute aus Gründen der Systemerhaltung noch weniger als bisher bankrott gehen lassen.

Auch die von der Obama-Administration mit großem Aufwand propagierte Gesundheitsreform hat ihren Schwung verloren. Nicht nur die Republikaner, sondern auch ein immer größer werdender Flügel der *Democratic Party* sperren sich erfolgreich gegen die Einführung einer Krankenkasse, die die Gesundheitsrisiken aller US-Bürgerinnen und -Bürger aus öffentlichen Umlagen abdeckt. Damit haben sich schon jetzt alle Hoffnungen, die extreme Kälte der US-amerikanischen Arbeits- und Sozialverfassung ausgehend von einer Reform des Gesundheitswesens substanziell zu mildern, als illusorisch erwiesen. Es handelte sich wohl doch nur um eine Episode des Präsidentenwahlkampfes, die von der neuen Administration des *Washington Consensus* gleich wieder in die Schubladen verbannt wurde.

Wie aber ist es um die im Oktober 2008 proklamierte zweite chinesische Agrarreform bestellt? Alle erreichbaren Informationen deuten darauf hin, dass die Ansätze zur genossenschaftlichen Restrukturierung des dualen landwirtschaftlichen Systems an Bedeutung verlieren. Die Zentralregierung hat ihnen mit ihrem Beschluss, den antizyklischen Stimulierungsprogrammen oberste Priorität zu geben und weitere Landwirtschaftsflächen dem Infrastrukturausbau zu opfern, die Grundlage entzogen. Die dadurch ausgelöste Verknappung der landwirtschaftlichen Nutzflächen hat vielmehr neue Märkte für den Handel mit Pachtrenten hervorgebracht und den Weg zur kapitalistischen Agrar-

intensivierung geöffnet. Entsprechend wird sich die Landflucht der Parzellenbauernfamilien beschleunigen, und die Zahl der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter wird weiter zunehmen. Schon Ende 2008 gab es in China 254 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, sie stellen seither ein Drittel des gesamten chinesischen Arbeitskräftepotentials. Ohne Zweifel wird die kapitalistische Wendung der chinesischen Agrarreform weltgeschichtlich relevante Folgen haben. Wenn es der chinesischen Zentralbürokratie gelingt, die Aufhebung des Staatseigentums an Grund und Boden mit einer rechtzeitigen und effizienten Ausweitung der sozialkompensatorischen Sicherungssysteme auf das Land zu kombinieren, dann könnte sie zum Zentrum der Krisenüberwindung und der Restrukturierung des Weltsystems aufsteigen. Scheitert sie aber, dann haben wir mit einer neuen Ära der Sozialrevolten zu rechnen, deren Epizentrum von den Bauernarbeiterinnen und Bauernarbeitern Chinas gestaltet wird.

Nicht weniger problematisch ist schließlich die Lage auf dem Terrain des weltweit zu koordinierenden Umwelt- und Klimaschutzes. Obwohl sich im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz neben den Protagonisten Japan und Europa auch die Hauptakteure China und USA mit Absichtserklärungen zur Reduktion der Treibhausgase zu Wort meldeten, ist es in Kopenhagen nicht gelungen, auf das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ein weltweit verbindliches Abkommen folgen zu lassen, das die Treibhausgase entscheidend reduzieren wird. Es blieb wie im Finanzsektor bei vollmundigen Absichtserklärungen, denen aber keine konkret greifenden globalen Aktionspläne unterlegt wurden: Die Naturzerstörungen und Klimakatastrophen werden zunehmen, während sich gleichzeitig die ökokapitalistische Durchdringung der Bio- und Geosphäre weiter beschleunigt.

Das sind nur die vier wichtigsten Beispiele. Die trügerischen und labilen Erholungszeichen der letzten Monate scheinen ausgereicht zu haben, um die strukturellen Reformkonzepte wieder von den Rettungs- und Stabilisierungspaketen abzukoppeln. Der Krisen-Keynesianismus entledigt sich zunehmend seiner mittelfristigen sozialpolitischen Inte-

grationsfunktionen, insbesondere der Stabilisierung der Einkommensverhältnisse und der Strategie der Vollbeschäftigung.

Während die strukturellen Reformaspekte zunehmend aus den Anti-Krisenprogrammen verschwinden, benutzen die herrschenden Eliten die Krise als Hebel zu weit reichenden Eingriffen in die Felder der Wissensarbeit und der Wissensproduktion. Dabei werden jedoch nur Prozesse beschleunigt, die schon in der letzten Phase des voraufgegangenen großen Zyklus in Gang gekommen waren. Wir können sie als qualitativ neue Etappe der realen Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapital begreifen. Die auslösenden Krisenfaktoren sind bekannt, so dass wir uns auf einige Schlaglichter beschränken können.

Die Stiftungsuniversitäten der Vereinigten Staaten haben in den letzten zwei Jahren ein Drittel ihres Kapitalvermögens verloren. Parallel dazu sind Hunderttausende von Studierendenkrediten notleidend geworden. Diese Destabilisierung des weltweit noch immer führenden Wissenschaftszentrums löste Schockwellen aus, die die in den nachgeordneten Bereichen der Triade und der Schwellenländer ebenfalls zu beobachtenden Krisentendenzen verstärkten. Die Wissenschaftsbürokratien reagieren weltweit auf die Kürzung ihrer Budgets mit einer Verdichtung und Hierarchisierung der Ausbildungsgänge (in Europa: Aufspaltung der Studiengänge in Bachelor- und Masterstudium), während die Mehrzahl der Absolventinnen und Absolventen der Wissensfabriken in prekären Arbeitsverhältnissen landet und alle einer gnadenlosen Konkurrenz auf den Weltmärkten für Wissensarbeit ausgesetzt sind. Parallel dazu wird die direkte Unterwerfung der Wissensproduktion unter die Innovationsstrategien des Kapitals beschleunigt, indem ihre Institutionen restrukturiert, hierarchisiert und dem direkten Unternehmerkommando unterworfen werden (Ausbau der Stiftungs- und Privatuniversitäten). Hinzu kommt drittens eine gravierende Neubestimmung der Inhalte der Wissensproduktion. Der Wissenschaftssektor geht der letzten Reste seiner konzeptuellen Autonomie verlustig und wird in aller Offenheit auf Kriegs- und Rüstungsforschung, auf neue

Techniken der Roh- und Ersatzstoffexploration sowie auf die Aktionsfelder der internationalen Machtpolitik ausgerichtet.

Diese Entwicklungstendenzen stehen mit weit reichenden Redimensionierungen im Bereich der internationalen Machtpolitik im Zusammenhang. Die Welthegeemonie der Vereinigten Staaten von Amerika neigt sich seit längerem ihrem Ende zu, aber dieser Prozess hat sich seit Krisenbeginn erheblich beschleunigt. Wir sind inzwischen Zeugen einer multipolaren Blockbildung, die neue wie alte imperialistische Regionalzentren hervorbringt. China kontrolliert inzwischen nicht nur die Märkte Südostasiens, sondern bringt auch die Rohstoffsektoren Australiens, der Pazifikregion und des Subsaharischen Afrika unter seine Kontrolle. Um die neuen Rohstoffrouten und -zentren militärisch zu sichern, baut die Zentralregierung die Kriegsmarine massiv aus und reorganisiert ihre Landstreitkräfte, um sie auf Auslandseinsätze vorzubereiten. Die brasilianische Regierung hat einen strategischen Rüstungspakt mit Frankreich geschlossen, um die vor der Atlantikküste neu entdeckten Erdöl- und Erdgasvorkommen durch die Aufrüstung der Marine und Luftwaffe zu sichern: Die Logik der Geostrategie war mächtig genug, um ein Bündnis zwischen dem Umfeld des Präsidenten Lula da Silva und der Armee zu zimmern, das jahrzehntelang undenkbar erschienen war. Auch Indien rüstet massiv auf, um die Handels- und Transportrouten des Indopazifik und der ostafrikanischen Küste unter Kontrolle zu bringen. In Russland wiederum war der militärisch-industrielle Komplex seit Krisenbeginn ein Eckpfeiler der antizyklischen Staatsintervention, und seit neuestem sind wir Zeugen einer Wiederbelebung der zaristischen Eurasien-Ideologie, die einmal mehr den Zugriff auf Zentralasien legitimieren soll. Währenddessen entdeckten auch die Vereinigten Staaten ihren lateinamerikanischen „Hinterhof“ neu: Der in Kolumbien beginnende Wiederaufbau strategischer Militärbasen löste in Lateinamerika umgehend eine neue Aufrüstungswelle aus. Angesichts dieser unzweideutigen Tendenzen wollte auch die Europäische Union nicht zurückstehen. Sie initiierte in ihren Kernländern eine verschwiegene Aufrüstungswelle, die unzweideutig mit der Schwarzmeerregion

als dem nächsten Expansionsziel korreliert ist. Über alle diese bedrohlichen Entwicklungstendenzen diskutiert kaum jemand. Sie werden derzeit noch durch die asymmetrische Kriegscoalition der USA mit ihrem Fokus Afghanistan überlagert. Aber es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange diese kollektiv-kolonialistische Erbschaft aus dem vorausgegangenen Zyklus noch die machtpolitischen Blockbildungen der heraufziehenden langen Depression verdecken wird.

Es gibt jedoch auch Gegenteilstendenzen, die die sich abzeichnende Entwicklung deutlich von den Prozessen der imperialistischen Blockbildung in den 1880er/1890er und 1930er Jahren unterscheiden. Auf ihrer jüngsten Gipfelkonferenz in Pittsburgh etablierten sich die Regierungen der G-20-Gruppe als neues Koordinationszentrum des Weltsystems. Sie beließen es dabei keineswegs nur bei Absichtserklärungen, sondern werteten den Internationalen Währungsfonds (IMF) zu einem Exekutivorgan auf, das als perspektivische Welt-Zentralbank wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleichen und als *lender of last resort* zum Abbau der gigantisch angewachsenen Devisenreserven der großen Schwellenländer beitragen soll. Angesichts der schon im April 2009 erfolgten Aufstockung des Eigenkapitals und der Sonderziehungsrechte des IMF sind diese Beschlüsse durchaus ernst zu nehmen. Aber auch hier gilt es – wie beim weiteren Fortgang der chinesischen Agrarreform – erst einmal abzuwarten. Gegenwärtig kann niemand voraussagen, ob wir tatsächlich einer Ära des kollektiv koordinierten Imperialismus entgegengehen, dessen Umriss Karl Kautsky schon vor über 90 Jahren skizziert und als „Ultra-Imperialismus“ bezeichnet hatte. Und sollte es der G-20-Gruppe tatsächlich gelingen, die immer stärker zutage tretenden Rivalitäten der multipolaren Großmächte auszugleichen, dann bliebe immer noch die Frage offen, wie lange diese Konstellation Bestand hat. Erst gegen Ende der kommenden langen Depression wird sich entscheiden, ob es sich bei dieser Konstellation nur um ein Übergangsphänomen handelte, bis sich ein neues hegemoniales Zentrum etablierte, oder ob sie von längerer Dauer sein wird.

Ob so oder so: Für das globale Multiversum der Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten birgt keine der möglichen Auswirkungen der aktuellen Weltwirtschaftskrise auf die internationale Machtpolitik positive Aspekte. Es ist mit Programmen zur Krisenbekämpfung konfrontiert, die sich ihrer strukturellen Reformkomponenten weitgehend entledigt haben. Die globalen Unterklassen müssen sich auf einen Krisen-Keynesianismus einrichten, der die archaischen, schon in der vorindustriellen Periode entwickelten Programme zur Stabilisierung der „Finanzarchitektur“ ergänzt und sich aller sozialpolitischen Konzessionen an die Stabilität der Masseneinkommen und das Beschäftigungswachstum entledigt hat.

Krisenerfahrungen aus der Perspektive von unten

Für die globalen Unterklassen der Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten brachte die seit der Jahreswende 2006/2007 über sie hereingebrochene Krise teilweise traumatische, teilweise aber auch paradoxe Erfahrungen. Gegenwärtig ist es trotz aller Anstrengungen noch nicht möglich, diese Erfahrungshorizonte auch nur annähernd zu umreißen. Es scheint lediglich festzustehen, dass sich die im voraufgegangenen Zyklus in Gang gekommene Auflösung der Dreiteilung des Weltsystems – Zentren, Semiperipherie und Peripherie – auch hinsichtlich der Arbeits-, Einkommens- und Ernährungsverhältnisse weiter beschleunigt hat. Die Massenarmut ist keineswegs mehr nur ein Phänomen des globalen Südens, sondern dringt zunehmend auch in die Schwellenländer und die Triaderegion vor. Umgekehrt vermochten die weiter beschäftigten Teile der Weltarbeiterklasse in allen Weltregionen ihr Einkommensniveau einigermaßen zu halten, während die erwerbslos Gewordenen aufgrund des im Vorzyklus erfolgten Abbaus der sozialen Sicherungssysteme rasch zu den langfristig Un- oder Unterbeschäftigten aufschlossen und sozial marginalisiert wurden. Parallel dazu beschleunigte die Krise die Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse in allen ihren Schattierungen. Selbst in den großen Nationalökonomien

Japans, der Vereinigten Staaten und Europas haben die unbefristeten und einigermaßen gesicherten Arbeitsverhältnisse den Charakter eines dominierenden „Normalarbeitsverhältnisses“ verloren. Gemeinsam ist den globalen Unterklassen des Weiteren, dass sie auch in den Konstellationen der großen Schwellenländer und der Triaderegion mit durchschnittlichen Einkommensverlusten zwischen fünf und fünfzehn Prozent konfrontiert sind. Das erste Jahrzehnt des zweiten Millenniums sieht das globale Multiversum der Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten in dieser Hinsicht unzweifelhaft in der Position des sozialökonomischen Verlierers.

Insgesamt dominiert somit trotz einiger markanter Gegentendenzen weltweit der soziale Abstieg. Vor allem die laufenden statistischen Überblicke der UN-Organisationen dokumentieren diesen Trend. Den Schätzungen des *International Labour Office* (ILO) zufolge wird die Zahl der weltweit Erwerbslosen bis Ende 2009 um 40 bis 60 Millionen Menschen zunehmen – der Ausgangssockel der globalen Erwerbslosigkeit umfasste schon zu Krisenbeginn 239 Millionen Menschen. Noch dramatischer sind die aktuellen Berichte der Welternährungsorganisation (*Food and Agriculture Organisation*, FAO) der Vereinten Nationen, die von einem Anstieg der Zahl der chronisch Unterernährten und Hungernden um 160 bis 200 Millionen auf 1,02 Milliarden Menschen ausgeht. Das aber besagt, dass gegen Ende dieses Jahres eine Milliarde Menschen in rechtlosen, extrem unterbezahlten und gesundheitsschädlichen Gelegenheitsjobs gegen ihren Hunger und ihre Obdachlosigkeit ankämpfen. Das Ausmaß einer derart rapid zunehmenden Massenverelendung überschreitet das gewöhnliche Vorstellungsvermögen. Aber auch der Historiker steht ihm fassungslos gegenüber, denn die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist das krasse Gegenstück zu den Hunger- und Subsistenzkrisen der vorindustriellen Ära, die durch Getreidemissernten ausgelöst und insofern typische Unterproduktionskrisen gewesen waren. Heute aber leidet auch die Weltlandwirtschaft an Überkapazitäten, und die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe sind drastisch gefallen. In den durch die Welthandelskrise besonders getroffenen

Depressionsgebieten herrscht jedoch Hochinflation, und deshalb schlägt sich der Niedergang der Weltagrarpreise nicht in den realen Lebensmittelpreisen nieder. Seit der Preisexplosion vom Sommer 2008 verharren sie noch immer zu einem Viertel über dem Vorkrisenniveau. Diese paradoxe Hungerfalle wird zusätzlich dadurch funktionsfähig gehalten, dass die Institutionen der Welthungerhilfe seit neuestem nicht mehr Lebensmittel verteilen und dadurch die überhöhten Lebensmittelpreise senken, sondern vielmehr Geldzahlungen für den Kauf von Nahrungsmitteln gegen Arbeitsleistung anbieten – die aber bei Erwerbslosenquoten zwischen 50 und 75 Prozent nur noch ausnahmsweise zu erbringen sind.

Indessen besagen derartige Übersichtszahlen nicht viel über die soziale Wirklichkeit. Um sie konkret fassbar zu machen, sind Fallstudien unabdingbar. Im Folgenden konzentriere ich mich auf drei Konstellationen, die für die globalen Krisenerfahrungen aus der Perspektive von unten repräsentativ sein dürften und zugleich die unterschiedlichen Entwicklungsstadien der über 190 Nationalökonomien berücksichtigen. Denn wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass die klassische Dreiteilung des industrialisierten Weltsystems der Vergangenheit angehört und einer Vielfalt von Kapitalismen Platz gemacht hat, die in ihren unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungsstadien das Auf und Ab von Globalisierung und De-Globalisierung bedingen.

In den Vereinigten Staaten ist die offiziell registrierte Arbeitslosenquote seit der Jahreswende 2007/2008 auf inzwischen 10,2 Prozent der erwerbsabhängigen Bevölkerung gestiegen – das sind knapp 16 Millionen Menschen. Aber die Situation ist wesentlich schlimmer, denn in der behördlichen Arbeitslosenstatistik tauchen nur diejenigen Menschen auf, die sich in den jeweils letzten vier Wochen aktiv um einen Arbeitsplatz bemüht haben. Allein die Zahl derjenigen, die sich nach einer zwölfmonatigen Pause der Entmutigung wieder arbeitslos meldeten, wird auf 2,3 Millionen beziffert. Hinzu kommen etwa neun Millionen Kurzzeitbeschäftigte. Nach seriösen Schätzungen sozialwissenschaftlicher Institute belief sich die Quote der Erwerbslosen Anfang Dezem-

ber 2009 auf 17,0 bis 17,5 Prozent oder 26 bis 27 Millionen Menschen, und in den von der Häuserkrise oder den industriellen Zusammenbrüchen besonders betroffenen Bundesstaaten wie California, Arizona, Florida, Nevada, Michigan, Ohio und Rhode Island reicht sie inzwischen an die 20-Prozent-Marge heran. Um die soziale Lage der Betroffenen zu verstehen und sie mit der Situation der Erwerbslosen in anderen Weltregionen vergleichen zu können, müssen wir zusätzlich wissen, dass in den Vereinigten Staaten die Kündigungsfristen extrem kurz sind, dass in der Regel keine Abfindungen gezahlt werden und dass im Normalfall nicht länger als ein halbes Jahr lang Arbeitslosengeld gezahlt wird, zu dessen Bezug ohnehin nur 43 Prozent der Erwerbsabhängigen berechtigt sind. Vor allem aber verlieren die Erwerbsabhängigen mit ihrem Arbeitsplatz auch ihre Krankenversicherung, denn die extrem teuren individuellen Versicherungsprämien können sie nicht bezahlen. Der Absturz in die Armut und die Obdachlosigkeit findet entsprechend schnell statt, zumal im Gefolge der Gentrifizierung der Städte auch die billigen Sozialwohnungen genauso verschwunden sind wie die Ansätze zum Aufbau minimaler Sicherungssysteme aus den 1960er und 1970er Jahren. Die privaten Obdachlosennetzwerke haben mit ihren Notschlafstellen, Obdachlosenheimen und Suppenküchen Hochkonjunktur. Allein in ihren Kinderhorten sind zurzeit 1,5 Millionen Kinder untergebracht. Etwa 45 Millionen Menschen (13,2 Prozent der Gesamtbevölkerung) waren im Jahr 2008 offiziell als arm registriert und bezogen Lebensmittelpakete; davon waren 24,7 Prozent Schwarze, 23,6 Prozent Latinos und 8,6 Prozent Weiße. Noch etwas mehr Menschen – 46,3 Millionen – sind nicht krankenversichert. Über zwei Millionen Menschen, zumeist Schwarze und Latinos aus den Unterklassen, sind in den Zuchthäusern und Gefängnissen interniert.

Als Beispiel zur Dokumentation der Entwicklung in den Schwellen- und Entwicklungsländern kann Mexiko dienen. Wegen der seit Krisenbeginn zusammengebrochenen Einkommensmöglichkeiten und der gestiegenen Lebensmittelpreise hat sich die Massenverarmung erheblicher Teile der Unterklassen in den vergangenen Jahren beschleunigt. Zwi-

schen 2006 und 2008 ist der Anteil der Unterernährten und chronisch Hungernden von 13,8 auf 18,2 Prozent gestiegen und hat im Verlauf des Jahrs 2009 die 20-Prozent-Marge überschritten. Parallel dazu ist der Anteil derjenigen, die sich zwar die Grundnahrungsmittel und eine minimale Gesundheitsversorgung leisten können, aber auf eine Mietwohnung, neue Bekleidung und die öffentlichen Transportmittel verzichten müssen, von 42,6 auf 47,4 Prozent gestiegen. Einen sofort wirkenden Ausweg aus dieser desolaten Situation bietet inzwischen nur noch die organisierte Kriminalität, da das „soziale Ventil“ der Arbeitsmigration in die Vereinigten Staaten krisenbedingt verstopft ist und die Rücküberweisungen (Remessen) der ArbeitsmigrantInnen zur Unterstützung ihrer kleinbäuerlichen Subsistenzfamilien um ein Drittel zurückgegangen sind. Zusätzlich wurden seit dem Frühjahr 2009 die Sozialprogramme wegen der rückläufigen Einnahmen aus den Erdöl-Exporten und des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts um acht Prozent zusammengestrichen. Alle diese Faktoren bewirken, dass sich die mexikanische Gesellschaft langsam auf den Abgrund zu bewegt. Diese Entwicklungstendenzen sind für die Mehrzahl der Entwicklungs- und Schwellenländer des globalen Südens typisch.

Wenden wir uns abschließend einer Region zu, die in arbeits- und sozialpolitischer Perspektive bislang vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen zu sein scheint – der Euro-Zone (E-15-Gruppe) der Europäischen Union. In ihr ist die durchschnittliche Erwerbslosigkeit bis Oktober 2009 auf 9,7 Prozent der erwerbsabhängigen Gesellschaftsgruppen angestiegen, es waren also 15,3 Millionen Menschen betroffen. Die Bandbreite zwischen den einzelnen Nationalökonomien ist jedoch erheblich: In den Niederlanden waren zu diesem Zeitpunkt 3,5 Prozent abhängig Beschäftigte erwerbslos, in Spanien dagegen 19,3 Prozent.

Deutschland befindet sich in einer Mittelposition. Es gab im Herbst 2009 etwa 3,2 Millionen behördlich registrierte Erwerbslose, das waren 7,7 Prozent aller Erwerbsabhängigen. Die Zahl der KurzarbeiterInnen erreichte in der gleichen Zeitspanne 1,4 Millionen, während sich das

Spektrum der BezieherInnen des offiziellen Existenzminimums – „Hartz IV“ und Sozialhilfe – nur geringfügig erweiterte. Dabei gab es jedoch fließende Übergänge zu den arbeitenden Armen des Niedriglohnsektors, die inzwischen ein Fünftel der gesamten erwerbsabhängigen Bevölkerung ausmachen. Darüber hinaus verfügt auch in Deutschland nur noch knapp die Hälfte der abhängig Beschäftigten über einen unbefristeten Arbeitsvertrag und eine einigermaßen hinlängliche soziale Absicherung gegen die Wechselfälle ihres Daseins, sie ist aber inzwischen ebenfalls in die Reichweite der Altersarmut geraten. Dieser erstaunliche Wandel der Arbeits- und Sozialverhältnisse ist jedoch im Gegensatz zu vielen anderen Nationalökonomien erst jüngsten Datums. Noch vor acht Jahren hätte sich niemand eine derart rasante Sozialdemontage vorstellen können. Da ihre entscheidenden Etappen schon vor Krisenbeginn durchgesetzt worden waren, fiel es den herrschenden Eliten nicht schwer, die seit 2008 einsetzenden Krisenfolgen durch die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung abzufedern und ihre Maßnahmen zugleich so zu dimensionieren, dass die Mechanismen der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse auf die Kernbelegschaften ausgedehnt wurden. Das Kurzarbeitergeld dient nicht nur als soziales Ventil zur Begrenzung der Massenerwerbslosigkeit, sondern auch als Spaltungs- und Disziplinierungsinstrument. Der soziale Abstand der Kernbelegschaften zu den Prekären (Leiharbeiter und befristet Beschäftigte) und den Erwerbslosen wird zwar aufrecht erhalten, zugleich werden aber die in die Kurzarbeit Geschickten in eine zusätzliche disponible und jederzeit abrufbare Reservearmee umgewandelt, die die uneingeschränkt weiter beschäftigten Kernbelegschaften unter Druck setzt und zur „freiwilligen“ Preisgabe ihrer bisherigen Arbeits- und Einkommensstandards veranlasst.

Der soziale Alltag der in Deutschland lebenden Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten ist derzeit stark durch diese Sozialtechniken der Klassenfragmentierung geprägt. Ihr subalterner Status wird durch das Zusammenspiel zwischen den Unternehmensleitungen und den Arbeitsbehörden immer wieder neu festgeschrieben. Es ist seit

der Jahreswende 2008/2009 üblich geworden, die Kernbelegschaften gegen die Leiharbeiter und befristet Beschäftigten auszuspielen; dass die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertretungen dabei als Co-Manager der Unternehmen agieren und die in den Kernbelegschaften vorhandenen Entsolidarisierungstendenzen verstärken, wurde im März–April 2009 anlässlich eines Hungerstreiks von Leiharbeitern des VW-Werks Hannover für ihre Wiedereinstellung auf spektakuläre Weise deutlich. Es kann aber auch vorkommen, dass die Leiharbeiter zur Disziplinierung der Kernbelegschaften benutzt werden. So wurden kürzlich die mit dem Umbau eines Seeschiffs beschäftigten festangestellten Arbeiter eines Werftunternehmens auf „Kurzarbeit Null“ geschickt, und eine Leiharbeitsfirma erledigte diese Aufgabe mit weniger als der Hälfte der Arbeitskräfte innerhalb der Vertragsfrist. Wer Kontakte mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Großindustrie hat, erlebt wöchentlich mit, wie die Belegschaften der verschiedenen Konzernstandorte gegeneinander ausgespielt werden. Und er/sie wird Zeuge eines zermürbenden, „sozialverträglich“ moderierten Abstiegs, bei dem um abgestufte Entlassungsschübe, kompensatorische Abfindungen, Frühverrentungen und die Überstellung der Ausgesonderten in gewerkschaftlich gesteuerte Transfergesellschaften gefeilscht wird.

Im Rahmen dieses Überblicks ist es leider nicht möglich, den Blick auf die sozialpartnerschaftliche Variante der subalternen Krisenerfahrungen weiter zu vertiefen. Der Unterschied zur sozialen Härte und Direktheit der Krisenerfahrungen der US-amerikanischen Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter ist überdeutlich, und zwischen diesen beiden Konstellationen und den Krisenerfahrungen des Proletariats der Schwellen- und Entwicklungsländer liegen nochmals Welten. Aber wer möchte behaupten, dass die am deutschen Beispiel skizzierte sozialpartnerschaftliche Variante der Klassenfragmentierung und Entsolidarisierung das kleinere Übel darstellt? Wenn wir die mentalitätsspezifischen Aspekte des Sich-Wegduckens, der Entsolidarisierung und des Hoffens darauf, dass es nur die Anderen treffen möge, bedenken, dann sind Zweifel durchaus angebracht. Durch diese Überlegungen sollen die

Erfahrungen proletarischer Ausweglosigkeit oder die in den Vereinigten Staaten um sich greifenden Prozesse der psychosomatisch individualisierten Krisenverarbeitung jedoch nicht verharmlost werden. Der subalterne Habitus des Multiversums der Unterklassen hat viele Gesichter. In Krisenzeiten entwickelt er sich besonders kräftig und differenziert sich in immer neuen Facetten aus.

Handlungsmöglichkeiten von unten

Ist dieser Befund aber für alle Phasen der Krise zutreffend? In den „Kernphasen“ der Krise sind die Phänomene der sozialen Regression und der Klassenfragmentierung häufig übermächtig. Aber sie sind in der Regel nicht von langer Dauer. Die Leidensbereitschaft der Unterklassen ist nicht grenzenlos. Wenn sie von den herrschenden Eliten überstrapaziert wird, werden Erinnerungen an den aufrechten Gang und die menschliche Würde wach. In allen bisherigen Krisen gab es Augenblicke, in denen Furcht, Resignation und die Gefühle der Ausweglosigkeit in Wut und Rebellion umschlugen.

Die strategischen Fenster der Sozialrevolte beginnen sich immer dann zu öffnen, wenn die herrschenden Eliten glauben, „das Schlimmste hinter sich zu haben.“ Das ist vor allem in den echten oder vermeintlichen Erholungsperioden der Fall, die auf die erste Krisenstufe folgen, bevor sie in einen zweiten Kriseneinbruch oder in eine lange Depression übergehen. In diesen Konstellationen verlieren die Unternehmensleitungen und die Regierungen das Augenmaß und verschärfen den Klassenkampf von oben. Im Bestreben, ihre Profite so rasch wie möglich wieder hochzufahren, beschleunigen die Unternehmer ihre aggressiven Kostensenkungsprogramme. Sie verzögern Neueinstellungen und beschleunigen stattdessen das Arbeitstempo. Auf diese Weise erzielen sie gerade in dieser zweiten Krisenphase erstaunliche Produktivitätssteigerungen. Geht es ihnen dagegen weiterhin schlecht, so entscheiden sie sich rascher als sonst zu Betriebsschließungen und Massenentlassungen. In der Regel sekundieren ihnen in dieser Konstellation auch die politischen

Klassen der Regulationssysteme. Auch sie halten jetzt die Zeit für gekommen, um die Staatsverschuldung durch gezielte Steuererhöhungen und die Skelettierung der Sozialbudgets auf die Unterklassen abzuladen.

In dieser Situation befinden wir uns inzwischen weitgehend. Obwohl sich viele Unternehmen den mittelfristig geschrumpften Kapazitäten angepasst und konsolidiert haben, verkleinern sie die Belegschaften weiter und verschärfen das Arbeitstempo. Aus mehreren Wirtschaftssektoren der Vereinigten Staaten werden Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität zwischen acht und 15 Prozent gemeldet, und deutsche Industriearbeiter berichten, dass in manchen Sektoren das Arbeitspensum von bisher drei Schichten durch nur noch zwei Schichten bewältigt wird. Dabei kommen im Allgemeinen nicht etwa aufwendige Rationalisierungsinvestitionen, sondern lediglich organisatorische Umstellungen und die Schließung der letzten Poren des Arbeitstags zum Tragen. Dagegen zögern viele Regierungen noch, es den Unternehmensvorständen gleich zu tun, weil sie noch nicht davon überzeugt sind, dass eine wirkliche wirtschaftliche Stabilisierung eingesetzt hat. Sie spielen auf Zeitgewinn. Aber wenn es so weit ist, werden sie ihrerseits keinen Augenblick zögern, um den Unterklassen direkt oder auf dem Weg der monetären Enteignung die Hauptlasten der Krisenüberwindung aufzubürden. Sobald sie mit den Unternehmensleitungen gleichziehen, wird der Bruchpunkt erreicht sein, an dem die herrschenden Eliten das Augenmaß des gerade noch Zumutbaren verlieren und sich die Sozialrevolten einhandeln.

Historisch ist dieses Szenario schon mehrfach abgelaufen. In der langen Depression der 1870er und 1880er Jahre entstand die neue Arbeiterbewegung des kapitalistischen Weltsystems, und zwar in ihrer gesamten Bandbreite, von den Anarchisten und revolutionären Syndikalisten über die Sozialrevolutionäre bis hin zu den verschiedenen Flügeln der Sozialdemokratie. Selbst in den düsteren 1930er Jahren gab es Lichtblicke, so etwa im Mai–Juni 1936, als eine völlig unerwartete Sozialrevolte der französischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Volksfrontregierung an die Macht brachte; weltgeschichtlich noch bedeutsa-

mer waren einige Monate später die *sit down strikes* der US-amerikanischen Seeleute und Hafendarbeiter sowie der Automobilarbeiter im Bundesstaat Michigan, die den Industriegewerkschaften zum Durchbruch verhelfen und die *New Deal*-Politik des Präsidenten Roosevelt unter erheblichen Reformdruck setzten. Ähnliche soziale Ausbrüche gegen die Instrumentalisierung von Krisenfolgen gab es aber auch nach dem zweiten Weltkrieg, man denke nur an die erste westdeutsche Nachkriegsrezession von 1966/67, auf die dann die Septemberstreiks von 1969 gefolgt sind.

Nicht wenige Anzeichen sprechen dafür, dass wir uns auch heute am Vorabend eines neuen sozialen Aufbruchs befinden. Vor einem Jahr begann in Griechenland eine völlig unerwartete Jugendrevolte, die das Land innerhalb weniger Wochen grundlegend veränderte. Monatlang waren wir Zeugen einer Sozialrevolte französischer Betriebsbelegschaften, die ihre Fabriken blockierten und ihre Manager in den Vorstandsetagen festsetzten. Selbst hinter der Revolte gegen die Fälschungen bei der iranischen Präsidentenwahl steckten auch soziale Motive: Wie in Griechenland und Frankreich skandierten Jugendliche und Arbeiter, dass sie nicht willens seien, für eine nicht von ihnen verschuldete Krise gerade zu stehen. Das sind nur drei herausragende Beispiele. Alle diese Revolten entwickeln sich in unterschiedlichen regionalen Kontexten und blieben bislang unkoordiniert – trotz der frappierenden Übereinstimmungen bei einigen ihrer Slogans. Aber das könnte sich bald ändern, und dann würde sich ihr Gewicht schlagartig erhöhen.

Selbst in Deutschland neigt sich die Ära der sozialpartnerschaftlichen Eindämmung der Klassenkonflikte ihrem Ende zu. Seit Jahren sind wir Zeugen wachsender Proteste und Streikaktionen gegen die Arbeitsdespotie der Einzelhandelsketten und die gesundheitsverschleißenden Arbeitsbedingungen in den Pflegeheimen und Kindertagesstätten, und sie sind im bisherigen Krisenverlauf nicht etwa eingedämmt, sondern deutlich verstärkt worden. Zum ersten Mal gab es einen erfolgreich organisierten und verlaufenen Streik im Niedriglohnsektor, der mit einer markanten Erhöhung der Mindestlohnsätze für die Gebäudereiniger

endete. In den Autozulieferbetrieben der Provinz kam es zu harten Blockadestreiks, bei denen die Arbeiterbelegschaften die *just in time*-Vernetzungen ihrer Produktionsstätten geschickt ausnutzten und teilweise bemerkenswerte Konzessionen durchsetzten. Hinzu kommen seit neuestem die Besetzungsaktionen der Studierenden zahlreicher Universitäten, die – wie auch in vielen anderen Ländern – gegen die Verdichtung und kommerzialisierende Verflachung ihrer Ausbildungsgänge revoltieren und sich mit ihren Forderungen nach „Solidarität statt Elite“ dem sich entfaltenden Panorama der sozialen Kämpfe öffnen.

Wir können somit festhalten, dass sich die bisherige „molekulare“ Phase des sozialen Widerstands seit dem Übergang zur zweiten Krisenphase nicht nur konsolidiert hat, sondern sich auch auf ein breiter verankertes Netz der Gegenwehr ausdehnt. Zu Zweckoptimismus besteht indessen kein Anlass, denn die trennenden Momente zwischen den einzelnen Komponenten des sozialen Widerstandsprozesses sind groß und können durch die bis an den Rand ihrer physischen und psychischen Erschöpfung gehenden AktivistInnen der Basisinitiativen und linksgewerkschaftlichen Ansätze nicht überbrückt werden. Ein qualitativer Sprung erscheint unabdingbar. Es erscheint vordringlich, die sich in allen Sektoren embryonal ausbreitenden Betriebskämpfe mit den sozialen Kämpfen in den Quartieren, den Ausbildungsfabriken und den Sphären der scheinselfständigen Arbeit zu verknüpfen. Wie könnte dieser Sprung bewerkstelligt werden?

Im Folgenden werde ich einige Überlegungen vortragen, die zur Überwindung dieser Schranken beitragen könnten. Sie gehen von der Grundannahme aus, dass die Vernetzung der verschiedenen Mikrostrukturen der Gegenwehr die Entwicklung einer konkreten Utopie voraussetzt, die eine glaubwürdige und praktikable Systemüberwindung zum Ziel hat. Diese konkrete Utopie verstehe ich als Strategie zur Herbeiführung einer selbstbestimmten Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind und ihre Produktions- und Reproduktionsbedürfnisse in basisdemokratisch verfasster Selbstorganisation in die Hand nehmen.

Eine solche strategische Option ist zweifellos überfällig, wird aber von vielen mit dem Verweis auf die historischen Hypothesen der Arbeiterlinken als unrealistisch angesehen. Deshalb sollten wir uns zunächst über einige elementare Voraussetzungen verständigen, die für eine Verknüpfung der zu erwartenden Massenkämpfe der auf uns zu kommenden langen Depression mit einer neuen organisatorischen Initiative führen könnten.

Die erste Voraussetzung sehe ich in einer Verständigung über die Tatsache, dass alle vergangenen Versuche der Mehrheit der Arbeiterlinken, die kapitalistische Gesellschaftsformation „politisch“ durch die Eroberung der Staatsmacht zu stürzen, historisch gescheitert sind. Der etatistische Weg zum Sozialismus ist obsolet. Er hat eine tiefe Kluft zwischen den ausgebeuteten Klassen und den Arbeiterbürokratien hervorgebracht, die bis zum Untergang ihrer Parteien und der als „realsozialistisch“ bezeichneten „Volksdemokratien“ nicht überwunden werden konnte. Auch die mit dem etatistischen Weg verbundenen Wirtschaftsmodelle – Zentralverwaltungswirtschaften und zentrale Planungssysteme – sind historisch widerlegt, weil sie nicht an den genuinen Massenbedürfnissen der unmittelbaren Produzenten, sondern an den Machtinteressen der Arbeiterbürokratien orientiert waren. Dieser Befund lässt sich sehr wohl auch auf die „reformistischen“ Varianten des etatistischen Transformationsmodells übertragen, die in der Nachkriegsära zu einer Symbiose zwischen der Sozialdemokratie und den antizyklischen Vollbeschäftigungsprogrammen des Keynesianismus geführt haben. Sie milderten zwar die Konfrontation der Interessen und Lebensstile zwischen ArbeiterInnen und Kapital, aber dies geschah um den Preis einer Sozialtechnik, die den Weg zur Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen kommandierender und kommandierter Arbeit blockierte und alle Ansätze zur Entwicklung einer egalitären und selbstbestimmten Gesellschaft ausgrenzte. Alle diese Varianten der etatistischen Systemüberwindung sind nicht nur historisch überholt, sondern auch aus der Perspektive von unten gründlich diskreditiert. Sie sind zu einer schweren Hypothek geworden, die die Arbeiterlinke auch heute noch

daran hindert, sich vom Albdruk ihrer voraufgegangenen Generationen zu befreien und ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Sie sind so gravierend, dass wir auf die mit ihnen kompromittierten Begriffe („Sozialismus“, „Kommunismus“, „Realsozialismus“) verzichten und eine Debatte über eine alternative Begrifflichkeit eröffnen sollten, die uns aus den semantischen Fesseln einer untergegangenen Arbeiterbewegung befreien könnte.

Nun hat es immer auch minoritäre Strömungen der Arbeiterlinken gegeben, die den autoritär-hierarchischen Charakter und den deterministischen Fortschrittsglauben des etatistischen Sozialismus durchschauten und kritisierten. Vor allem in Perioden des revolutionären Aufbruchs gewannen sie immer wieder an Gewicht, so etwa der revolutionäre Syndikalismus im Gefolge der internationalen Massenstreiks von 1905, die internationale Rätebewegung gegen Ende des Ersten Weltkriegs oder die spanische Arbeiterrevolution von 1936. Aber auch an diese Traditionen können wir nicht unbesehen anknüpfen, weil sie den komplexen Strukturen des heutigen Multiversums nicht gerecht werden. Zudem müssen wir uns erst einmal selbst in Frage stellen und eine Debatte darüber eröffnen, warum die historischen Verortungsversuche unserer eigenen Generation, die zwischen 1967 und 1970 ihren Höhepunkt erreichten, trotz einiger bemerkenswerter heterodoxer Impulse wie etwa des Operaismus seit Beginn der 1970er Jahre mehrheitlich in eine etatistische Orthodoxie umschlugen, während sich in anderen Spektren der Primat des Politischen zum Primat des bewaffneten Kampfs verselbständigte, wobei nur in Ausnahmefällen der Bezug zur Realität der sozialen Kämpfe gewahrt blieb.

Der Weg zur Aufhebung der kommandierten Arbeit und zur Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums für die Zwecke der sozialen Selbstbestimmung und die Entfaltung sozialer Subjektivität verfügt zudem aktuell über keine institutionellen Vermittlungen und über keine politischen „Reformbrücken“ mehr. Wie wir am Beispiel der chinesischen Agrarreform, der US-amerikanischen Gesundheitsreform und der finanzmarktpolitischen Regulierungsbestrebungen der G-20-Gruppe

gezeigt haben, haben sie sich beim Übergang zur zweiten Krisenphase weitgehend verflüchtigt. Das Weltsozialforum, einst Hoffnungsträger der neuen Sozialbewegungen und Plattform der Nichtregierungsorganisationen, ist nur noch ein Schatten seiner selbst und wird im Wechselspiel von hoheitlichen Institutionalisierungsprozessen und der Ausgrenzung radikaler Impulse aufgegeben. Auch in Deutschland ist die Situation inzwischen dramatisch: Die Mehrheit der attac-Initiative bemüht sich mittlerweile um ihre Integration in den neuen Herrschaftsblock, um so vermeintlich „das Schlimmste“ zu verhindern. Die Gewerkschaften und Gesamtbetriebsräte sind in ihrer Mehrheit zu einem subaltern-sozialpartnerschaftlichen „Co-Management“ zwecks Erhaltung der Kontrolle über die großindustriellen Kernbelegschaften zurückgekehrt, und die Führung der Linkspartei hängt mit ihrem Bestreben, die SPD reform-keynesianisch zu erneuern, zunehmend in der Luft. Noch desolater ist die Lage freilich in einigen anderen Ländern. In Europa, Afrika, Nordamerika und Asien ist die parteipolitisch aktive Linke fast völlig verschwunden. Am dramatischsten ist die Situation vielleicht in den Vereinigten Staaten: Es gibt keine außer-institutionelle Reformbewegung, die die Obama-Administration vor sich hertreiben könnte. Sie wird vielmehr zunehmend vom reaktionären Flügel des *Washington Consensus* in die Zange genommen, und es verstärkt sich der Eindruck, dass diese Entwicklung der Mehrheitsströmung der *Democratic Party* nur recht ist. Es wäre illusorisch und vergeudete Zeit, sich gegenüber diesen Entwicklungen um das Herausbrechen „reformistischer“ Minderheiten zu bemühen, um sie als Ausgangspunkt für die Reaktivierung politischer Kampagnen zu nutzen. Die radikale Linke hat nur noch die Option, in den sozialen Alltag zurückzukehren und sich im Übergang zur Depression auf die Perspektive neuer Massenkämpfe vorzubereiten. Sie wird nicht die Kraft haben, diese Massenkämpfe selbst in Gang zu bringen. Aber sie kann die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie nicht sogleich wieder „systemkompatibel“ abgefedert und integriert werden.

Wie könnte ein derartiger Vorgriff aussehen? Ich schlage ein doppelgleisiges Vorgehen vor. Auf der ersten Ebene sollten wir uns bemühen, uns in unseren jeweiligen lokalen und regionalen Zusammenhängen in die aktuellen und die bevorstehenden sozialen Kämpfe zu integrieren. Parallel dazu sollten wir uns darum bemühen, diese Initiativen weltweit zu vernetzen, denn die Perspektiven der Umgestaltung werden nur fassbar, wenn wir sie von vornherein von den Fesseln des „methodischen Nationalismus“ (Marcel van der Linden) befreien und die national- bzw. supranationalstaatlich verfassten Nationalökonomien von unten und oben zugleich aushöhlen.

Auf der jeweiligen lokalen beziehungsweise regionalen Aktionsebene sollten wir uns das Ziel setzen, alle Widerständigen in den Betrieben und den sozialen Widerstandsfeldern miteinander in Kontakt zu bringen. Sie könnten dann in einem ersten Schritt darangehen, mit allen denjenigen in Verbindung zu treten, die durch die Krisenfolgen besonders bedroht sind und am ehesten die Tendenz zeigen, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Dies könnte am ehesten im Rahmen einer „Mit-Untersuchung“ geschehen, die die Aufzeichnung, Speicherung und Weitervermittlung der Informationen und Erfahrungen in den jeweiligen lokalen bzw. regionalen Kontexten ermöglicht. Das Terrain einer solchen „Mit-Untersuchung“ zwischen AktivistInnen und Betroffenen könnte zugleich zur Bildung vertrauensbildender Maßnahmen genutzt werden, um die Barrieren zwischen den unterschiedlichen politischen Traditionen und den verschiedenen Sozialgruppen – etwa den Kernbelegschaften und den Hartz-IV-EmpfängerInnen – abzubauen. Sobald sich dieser Prozess in ersten Strukturen der Gegenmacht – Aktionskomitees, Streikausschüsse, Delegiertenräte usw. – zu konsolidieren beginnt, könnte die Debatte über die grundsätzlichen Parameter einer glaubwürdigen Systemüberwindung vor Ort eröffnet werden. An erster Stelle sollte dabei der Kampf um die radikale Verkürzung der Arbeitszeit stehen: Sie schafft nicht nur die Voraussetzungen dafür, dass sich diejenigen, die es wollen, in die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse reintegrieren können, sondern die selbstbestimmte Zeit ist zu-

gleich die elementare Bedingung dafür, dass die Prozesse der Selbstorganisation und der damit verbundenen Aufhebung der kommandierenden Arbeit überhaupt in Gang kommen können. Nur der Kampf um die selbstbestimmte Zeit – die *disposable time* – vermag das Tor zu einer anderen Gesellschaft aufzustoßen, die sich von Ausbeutung, Hierarchien und Unterdrückung zu befreien beginnt. Die anderen strategischen Parameter, vor allem die Durchsetzung egalitärer Einkommen, die von Besetzungstreiks ausgehende soziale Aneignung der regionalen Produktions- und Reproduktionsbedingungen, der kostenfreie Zugang zu allen Strukturen der Ausbildung und des Gesundheitswesens und die Wiederaneignung der Städte, ergeben sich dann auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Gesellschaft von selbst. Und selbstverständlich muss dabei auch auf die jeweiligen Besonderheiten der lokalen und regionalen Kontexte geachtet werden. Sie werden bei Hafenstädten und Küstenregionen völlig andere Anforderungen stellen als in den Gebieten mit dominierender Landwirtschaft oder in industriellen Agglomerationen. Erst wenn auch diese Aufgabe gelöst ist, werden sich die aus den Aneignungskämpfen hervorgehenden Strukturen der Gegenmacht konsolidieren und zu einer konsolidierten Gegenplanung übergehen, die den Weg zur regionalen Selbstbestimmung unumkehrbar macht.

Mit diesen regionalen Initiativen sollten von Anfang an Bemühungen um eine globale Vernetzung einhergehen. Aus den jeweiligen regionalen Mit-Untersuchungen werden sich spezifische soziale Felder definieren lassen, die eine solche globale Vernetzung besonders dringend benötigen. Im ostmitteleuropäischen „Detroit“ der Kraftfahrzeugindustrie wird sich beispielsweise schnell die Erkenntnis durchsetzen, dass eine regionale Gegenplanung nur möglich ist, wenn sie auf eine global abgestimmte Gegenplanung zurückgreifen kann, zu der nur eine Weltföderation der AutomobilarbeiterInnen in der Lage sein wird. Auch die über alle Kontinente verstreuten Assoziationen der Hafen- und Küstenregionen werden sehr schnell entdecken, dass sie auf lange Sicht nur im Kontext einer weltweit agierenden Arbeiterföderation der Transportketten handlungsfähig sein werden. Von ähnlicher Bedeutung wäre eine welt-

weite Föderation der Kleinbauern, LandarbeiterInnen und Landlosen aller ökonomischen Entwicklungsstufen, der ReproduktionsarbeiterInnen der Pflege und des Gesundheitswesens, und selbstverständlich auch der WissensarbeiterInnen in ihren Ausbildungsphasen und beruflichen Feldern. Das sind nur einige ausgewählte Beispiele, die die Unverzichtbarkeit eines simultanen doppelgleisigen Vorgehens verdeutlichen sollen.

Wie dringlich ein solches Vorgehen ist, möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen: der Automobil- und der Wissensarbeit.

Die aktuellen Restrukturierungspläne des weltweit operierenden Automobilkapitals gehen davon aus, dass es gegen Ende der langen Depression noch etwa sechs bis sieben transnationale Konzerne geben wird, die ihre Kapazitäten und Belegschaften um etwa 30 Prozent reduzieren, ihre Schwerpunkte in die Schwellenländer verlagern, über die am weitesten entwickelten Plattform- und Modultechnologien verfügen, jährlich jeweils sieben bis acht Millionen Fahrzeuge produzieren und den individualisierten Kraftfahrzeugverkehr gegen alle Alternativen verteidigen, indem sie ihn mit fiktiven öko-technologischen Innovationen – Elektroauto, Einführung von Brennstoffzellen usw. – ausstatten. Nur eine globale Arbeiterföderation ist infolgedessen noch in der Lage, sich auf gleiche Augenhöhe zu begeben und eine Gegenplanung zu entwickeln, die ihrerseits die Überkapazitäten im Gleichschritt mit radikalen Arbeitszeitverkürzungen ohne Einkommensverzicht abbaut, den Aneignungsprozess der strategisch wichtigen Anlagen durch weltweit koordinierte Besetzungstreiks steuert, das Automobilkapital enteignet und alternative Transporttechnologien entwickelt, die den Individualtransport überwinden, die Umweltschäden effektiv minimieren und den Bedürfnissen der selbstbestimmten Gesellschaften entsprechen. In diesem global abgestimmten Kontext könnten die regionalen Assoziationen dann festlegen, welche Kapazitäten sie sich aneignen und umgestalten, welche sie stilllegen, und welche sie für alternative regionale Produktionsprozesse jenseits der Transportsysteme umstrukturieren. Nur in diesem Wechselspiel von regionaler und global koordinierter Konzeptualisierung und Praxis können Gegenmodelle gedacht

werden, die den Standortkonkurrenzen entrinnen, die Trennung zwischen kommandierender und ausführender Arbeit aufheben, die Produktions- und Reproduktionsprozesse der gesellschaftlichen Selbstorganisation unterwerfen und zur Entwicklung neuer kollektiver Transportsysteme nutzen.

Mindestens genau so dringlich wäre eine weltweite Föderation der WissensarbeiterInnen. Die Aussichten dazu sind wesentlich günstiger als in der Automobilindustrie, in der sich gegenwärtig nur wenige Belegschaften gegen die korporatistischen Umarmungsversuche der Unternehmensleitungen, Regierungen und Gewerkschaften behaupten.

Bei den WissensarbeiterInnen ist das anders. Seit dem Spätherbst 2009 erleben wir eine Serie von Protestaktionen und Besetzungstreiks in mehreren europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten (Kalifornien), und auch die chinesische Regierung fürchtet inzwischen die erwerbslosen drei bis vier Millionen AbsolventInnen ihrer Hochschulen als soziales Widerstandspotential ersten Ranges. Aber nicht nur in den Ausbildungssektor ist Bewegung geraten, auch die selbständigen WissensarbeiterInnen beginnen sich zu assoziieren und überregionale Netzwerke aufzubauen. Diese Entwicklung ist von großer Bedeutung, denn die prekären Mehrheiten der weltweiten Wissensarbeit sind heute materiell, sozial und zunehmend auch kulturell integrale Bestandteil des Multiversums der Unterklassen und können mit diesem auf gleicher Augenhöhe in Kontakt treten. Da zudem die jeweiligen Standorte der Wissensarbeit aufgrund der weltweiten Ausdehnung ihrer Arbeits- und Ausbildungsmärkte wie in kaum einem anderen Sektor multinational zusammengesetzt sind, liegt es sehr nahe, globale Föderationen der Wissensarbeit im Ausbildungsbereich und auf den Arbeitsmärkten zu gründen. Gemeinsam könnten sie sodann zu einer globalen Gegenplanung übergehen, die sich die kollektive Aneignung der Ausbildungsfabriken und Wissenschaftszentren zum Ziel setzt, um sie den „kognitiven“ Sektoren des Weltkapitals zu entziehen und für eine selbstbestimmte Gegenplanung des Multiversums zur Verfügung zu stellen. Das Tor zu einer solchen Alternative könnte durch ein Ensemble sozialer Forderun-

gen und inhaltlicher Gegenentwürfe aufgestoßen werden. Auf dem sozialen Terrain geht es in erster Linie um den kostenfreien Zugang zu den Bildungseinrichtungen aller Stufen, denn nur auf diese Weise lässt sich die wechselseitige Verflechtung mit den übrigen Segmenten des Multiversums durchsetzen und aufrechterhalten. Diese Perspektive ist zweitens eng mit der Abschaffung der extrem verdichteten, verkürzten und hierarchisierten Ausbildungsgänge verbunden. Hinzu kommt drittens der Kampf um die soziale Existenzsicherung der prekären WissensarbeiterInnen im Ausbildungssektor und auf den Arbeitsmärkten durch die Erkämpfung garantierter Einkommen und den Aufbau von Sozialfonds, wobei man in Deutschland an eine basisdemokratisch verfasste Weiterentwicklung der Künstlersozialkasse denken könnte. Auf der inhaltlichen Ebene wäre hingegen die Abschaffung der Kriegs- und Rüstungswissenschaften sowie der den multipolaren Blockbildungen unterworfenen Disziplinen der Natur-, Rechts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften zu fordern, während parallel dazu mit dem Aufbau alternativer Forschungsprojekte begonnen werden könnte, die die Programme der globalen Schnittstellen zwischen den regionalen Assoziationen und den weltweit agierenden Föderationen im Sinn einer integralen „Transformationswissenschaft“ unterfüttern könnten.

Gleichwohl ist die an den aktuellen Strukturen und Dynamiken des Weltsystems ansetzende Gegenplanung noch unvollständig. Sie benötigt globale Schnittstellen, die von den regionalen Assoziationen und den globalen Föderationen gemeinsam aufgebaut und getragen werden, um der langfristigen Strukturkrisen Herr zu werden. Diese Strukturkrisen überlagern seit der Herausbildung des industriellen Kapitalismus die großen, 50- bis 60-jährigen Zyklen der Kapitalakkumulation. Selbst wenn die aktuelle Weltwirtschaftskrise nach einer mehrjährigen oder möglicherweise auch jahrzehntelangen Depressionsperiode in einen neuen Wachstumszyklus einmünden sollte, werden diese Strukturprobleme nicht etwa abgeschwächt sein, sondern vielmehr fortbestehen und sich weiter verstärken. Deshalb lassen sich erst auf dieser Ebene die wirklich entscheidenden Probleme einer Transformation des kapitalis-

tischen Weltsystems zur Diskussion stellen. Da wir mit allen unseren Überlegungen erst am Anfang stehen, werde ich mich auf eine stichpunktartige Skizzierung dieser „letzten Dinge“ beschränken.

Es wird sich erstens als unvermeidlich erweisen, die transnationalen Finanzkonzerne aufzulösen und die großen Kapitalvermögen an die sich herausbildenden globalen Schnittstellen abzugeben. Diese keineswegs fiktiven, sondern im Wesentlichen überakkumulierten Kapitalmassen können dann zweitens von den basisdemokratisch verfassten Schnittstellen mobilisiert werden, um Aktionsprogramme zur Überwindung der weltweiten Massenarmut zu starten, die genossenschaftliche Rekon-solidierung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaften des Südens in die Wege zu leiten und den Assoziationen der *Slum Cities* die erforderlichen Ressourcen in die Hand zu geben, damit sie diese in menschenwürdige und entwicklungsfähige Agglomerationen umbauen können. Parallel zu dieser strategischen Überwindung der globalen sozialökonomischen Ungleichgewichte werden weitere Schnittstellen der regionalen Assoziationen und Weltföderationen damit beginnen, die menscheitsbedrohenden Deformationen zu beseitigen, die der Kapitalismus der Weltgesellschaft als Bilanz seiner nunmehr sechshundertjährigen Geschichte überschreibt: Sie werden eine weltweit greifende Entmilitarisierung und Rüstungskonversion in Gang bringen, die Umweltzerstörungen beenden und die Klimaentwicklung stabilisieren, und sie werden die Entwicklung alternativer Technologien und erneuerbarer Energien vorantreiben, die nicht mehr der Logik der Kapitalakkumulation, sondern den Massenbedürfnissen der selbstbestimmt assoziierten Gesellschaften des Globus verpflichtet sind.

Schluss

Ich konnte nur einige Schlaglichter auf die globale Krise der letzten zweieinhalb Jahre, auf die aktuellen Entwicklungstendenzen und auf die Erfahrungen und möglichen Antworten „von unten“ werfen. Alle diese Einschätzungen werden wir in den kommenden Monaten laufend zu

überprüfen und zu korrigieren haben. Nur so werden wir in der Lage sein, glaubwürdige alternative Antworten zu finden, die mögliche Wege zum Aufbau einer von Unterdrückung, Ausbeutung und Hierarchien befreiten Gesellschaft weisen. Dass wir dabei zu Zweckoptimismus keinen Grund haben, dürfte klar geworden sein. Aber es ist vordringlich geworden, gegen die um sich greifende Verzagtheit ein paar Signale zu setzen und die Umrisse einer konkreten Utopie der Systemüberwindung zur Diskussion zu stellen.

Im Ergebnis der Massenkämpfe der kommenden Monate wird darüber entschieden, wer letztlich für die sozialen Kosten der globalen Krise geradestehen wird. Diese Konstellation kann uns nicht gleichgültig lassen. Wir sollten uns mit unseren Erfahrungen und unseren Vorschlägen in sie einmischen und bereit sein, in den kommenden Auseinandersetzungen eine bescheidene Rolle zu spielen.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/77472

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20230405-100639-4

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 33 (2022), S. 155-194



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.